Morgen-Ausgabe
No. 27. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 17. Januar 1908

Durch den Kindel nach Zepernick.

Schildow, Mönchmühle, Schönerlinde.

Eine angenehme Winterwanderung, teils durch Wald, teils über Felder. Hermsdorf an der Nordbahn, das wir vom Stettiner Vorortbahnhof erreichen, ist ihr Ausgangspunkt. Rechts der Bahn gelangen wir durch die Bahnhofstraße und die Oranienburger Chaussee. Noch innerhalb des Dorfes zweigt halb rechts von dieser ein Weg ab, der nach Schildow führt. Er geht erst nordöstlich zumeist durch angenehmen Wald, den „Kindel". Wo der Weg sich direkt östlich wendet, zieht er sich am Waldrande dahin. Zur rechten haben wir über die weite Wiesenniederung den Blick auf das jenseits des Fließtales am Höhenrande gelegene stattliche, der Stadt Berlin gehörende Dorf Bübars mit seinen Zementfabriken. Wir überschreiten die Kindelbrücke, verlassen schließlich den Wald und gelangen über offenes Feld und über die Liebenwalder Bahn nach dem großen Dorfe Schildow (1¼ Stunde von Hermsdorf). 20 Minuten nordöstlich von Schildow liegt das Restaurant Mönchmühle an einem kleinen Teiche, wo es sich empfiehlt zu rasten. Die Mühle gehörte einst dem Kloster Lehnin; daher der Name.

Von der Mönchmühle führt uns unser Weg weiter in östlicher Richtung an den 70 Meter hohen Arckenbergen vorbei über offenes Land in einer halben Stunde nach Schönerlinde, einem ausgedehnten Dorfe mit schöner Kirche; die Durchwanderung des Dorfes von West nach Ost nimmt zwanzig Minuten in Anspruch. Am Ostausgange schlagen wir zunächst den nach Nordosten sich wendenden Schönower Weg ein, den wir aber nach fünfzehn Minuten verlassen, um halbrechts dem Wege nach Zepernick zu folgen. Er führt uns durch Wald und Heide (erst die Buchsche Forst, dann die Kokoldsheide), die sich in der Umwandelung in Rieselfelder befinden, zuletzt über die Stettiner Bahn in anderthalb Stunden nach dem großen Dorfe Zepernick, das eine stattliche Granikkirche mit neuem Doppelturm sein eigen nennt. Westlich vom Dorfe liegt der Bahnhof, von dem wir mit dem Vorortzuge nach Berlin zurückkehren.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

12 Sitzung vom 16. Januar.

(Schluß.)

Abg. **Bierek** (kons.): Wir stimmen der Kommissionsfassung und dem Mehrheitsantrage zu. Die immer mehr in den Vordergrund tretende Verbindung der Polen mit dem Auslande bedeutet für uns eine große Gefahr, der wir entgegentreten müssen. Wir haben die Verpflichtung, an der Ostmarkenpolitik festzuhalten. Beruhigt hat uns die Zusicherung der Regierung in der Kommission, daß von der Enteignung des Familienbesitzes abgesehen werden soll, und das erleichtert es uns, für die Verleihung der Enteignungsbefugnis zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Praschma** (Ztr.): Ich weiß, daß meine Ausführungen keinen Einfluß auf die Entscheidungen des Hauses haben werden. Es würde aber nicht der Bedeutung des Augenblicks entsprechen, wenn ich nicht die Empfindungen aussprechen würde, die mich und meine Freunde beseelen. Um unsere Religion ist uns nicht bange, wohl aber um unser geliebtes Vaterland. Er habe sich in tiefster Seele geschämt, daß konservative Blätter von „krassichem Egoismus" derer sprechen konnten, die jetzt von ihrer Scholle vertrieben werden sollten. Dabei habe selbst gelegt, diese Enteignung entspreche ganz den sozialdemokratischen Tendenzen, nur beschränke man sie auf Polen und Westpreußen. (Hört, hört! beim Zentrum.) Man werde nun auch vor weiteren Maßregeln wie Konfiskation, Expatriierung nicht zurückschrecken. Das sind Grundsätze eines Machiavelli, aber nicht eines christlichen Staates. Es gibt einige unabänderliche Grundsätze der Gerechtigkeit, vor denen auch die Staatsraison Halt machen muß. (Stürmische Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.) Der Redner wendet sich scharf gegen die konservative Partei, die doch sonst immer die gleichen Staatsgrundsätze wie seine Freunde hervorgekehrt hätten. Gerade die Aufgabe der Konservativen müßte es jetzt sein, der Regierung die richtigen Wege zu weisen. Mögen sie es mit ihrem Gewissen abmachen! Mit dem christlich-konservativen Standpunkte, den auch das Zentrum immer vertreten habe, ließe sich die Vorlage nicht vereinbaren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Da heilige der Zweck die Mittel. (Stürmischer Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Justizrat **Beseler** sucht in längeren Ausführungen die Auffassung zu widerlegen, daß die Enteignung verfassungswidrig sei, und führt eine Reihe Rechtslehrer als Zeugen dafür an. Uebrigens sei die Enteignung illoyaler Elemente gar nichts Unerhörtes. Wir der Abg. Friedberg schon hervorgehoben, habe England den Iren gegenüber von der Enteignung Gebrauch gemacht. Wo höheren Interessen müsse das Eigentumsrecht weichen, das entspreche durchaus dem Geiste der Verfassung.

Abg. **Lusensky** (natl.) befürwortet die Vorlage und den Mehrheitsbeschluß. Er bestreitet, daß die Verleihung der Enteignungsbefugnis an die Ansiedelungskommission dem Freizügigkeitsgesetze oder der Verfassung widerspreche. Es handle sich bei der hier vorgesehenen Enteignung lediglich um eine solche aus Gründen des öffentlichen Wohles. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Wolff**-Lissa (fr. Vg.): Wir verkennen nicht, daß die Regierung sich in einer schwierigen Lage befindet. Aber der Weg, der hier beschritten werden soll, ist für uns nicht gangbar. Der Minister bezweifelt, die Enteignung sei zulässig bei einem öffentlichen Notstande, folglich sei sie auch hier zulässig. Ich habe es anders gelernt; ein Notstand liegt vor, wenn es sich um Gefahr des Leibes oder Lebens handelt. Die Konservativen sind der Meinung, daß die Vorlage über die Grenzen des Rechts nicht hinausgehe. Dann sollte man aber mindestens auch nicht bis an die Grenzen des Rechts herangehen. Ich lasse mir lieber den Vorwurf der Prinzipienreiterei machen als den der Prinzipienlosigkeit. (Sehr richtig! links.) Gegen die auf die Wahrung der Grundsätze der Verfassung sind wir konservativ, nicht Sie auf der Rechten. Die Grundrechte der Verfassung sind der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. (Beifall links.)

Abg. **Hobrecht** (natl.): Innerhalb der Staatsangehörigkeit und innerhalb der sich daraus ergebenden Konsequenzen muß Raum sein für nationales Leben. Die Polen aber haben diese Konsequenzen nicht beachtet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Sie (zu den Polen) haben niemals die großpolnischen Bestrebungen desavouiert. Chauvinisten gibt's überall, aber wir desavouieren sie. Wollen die Polen die auf die Losreißung der polnischen Landesteile gerichteten Bestrebungen desavouieren, so können sie es durch eine rückhaltlose Erklärung tun. Die Wiederherstellung des polnischen Reiches ist unmöglich. In den darauf gerichteten Bestrebungen liegt aber eine große Gefahr, der vorzubeugen Pflicht der Regierung ist. Unser Ziel ist nicht, die Polen zu unterdrücken, sondern sie zu aufrichtigen Mitarbeitern im Staatsleben zu machen. (Zischen bei den Polen.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Bestimmung in § 1, durch die der Regierung 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen angenommen.

Es folgt die Bestimmung, nach der die Ansiedelung von selbständigen deutschen Arbeitern durch Prämien gefördert werden soll.

Abg. **v. Bodelschwingh** (kons.) begründet einen Antrag, aus der bewilligten Summe 5 Millionen Mark als Prämienfonds für die Bildung kleinster Rentengüter für landwirtschaftliche Arbeiter auszuscheiden. Zahlt der Rentengutsnehmer 10 Prozent des Kaufpreises an, so soll der Staat aus diesem Prämienfonds die Resthypothek bis zur Höhe von 1000 Mark geben, deren Zins- und Tilgungsquoten mit 3½ Prozent (Zinsen) und 1½ Prozent (Tilgung) die ersten zehn Jahre der Staat tragen soll.

Das Haus nimmt die Kommissionsfassung an, wodurch der Antrag Bodelschwingh erledigt ist.

Auch die folgenden Bestimmungen werden in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 13, der der Ansiedelungskommission die Enteignungsbefugnis verleiht, liegt der bereits gestern mitgeteilte Antrag der Mehrheit vor.

Abg. **Kindler** (fr. Vp.) erklärt, daß für seine Partei der Mehrheitsantrag ebenso unannehmbar sei wie die Kommissionsfassung. Die große Masse der Bevölkerung im Osten stehe der Enteignung ablehnend gegenüber. Die Enteignung polnischer Grundstücke werde den entgegengesetzten Erfolg haben, den man sich davon verspreche. (Beifall links.)

Abg. Graf **v. d. Groeben** (kons.): Nach der Annahme unseres Antrages wird die Enteignung nur in Ausnahmefällen stattfinden. Für meine sämtlichen politischen Freunde erkläre ich, daß für uns dies nicht der erste Schritt sein soll, sondern daß wir mit den 70 000 Hektar Schluß machen wollen. Wir wollen uns durch diesen Beschluß für die Zukunft in keiner Weise festlegen. (Beifall rechts.)

Abg. **Boltz** (natl.): Wir bewilligen der Regierung das Enteignungsrecht als Waffe gegen den Großpolonismus, gegen den der Kampf uns aufgedrungen ist. Notwendig ist aber, diese Maßnahme auch auf Oberschlesien auszudehnen. (Große Unruhe im Zentrum.)

Präsident **v. Kröcher** macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Frage nicht zur Sache gehöre, worauf Abg. Boltz unter der Heiterkeit des Hauses die Tribüne verläßt.

Damit schließt die Debatte.

Die Annahme des Kompromißantrages.

Die Abstimmung über den Mehrheitsantrag ist auf Antrag des Abgeordneten Dr. v. Jagdzewski (Pole) namentlich. Der Kompromißantrag wird mit 198 gegen 119 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Von den Konservativen stimmen mit „Nein" v. Brandenstein und v. Kröcher, von den Freikonservativen Pauli, von den Nationalliberalen Dippe.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr (Dritte Lesung der Polenvorlage; zweite Lesung des Etats, Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung). Schluß 4¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung vom 16. Januar 1 Uhr.

(Schluß.)

Die Interpellation zur Enteignungsfrage.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Selbst die Herren auf der Rechten werden nicht geglaubt haben, daß der Reichskanzler dem Herrn Heckscher in die Arme sinken würde. Wie falsch diese Hoffnung ist, zeigt doch schon, daß Fürst Bülow die Beantwortung der Interpellation abgelehnt hat. Ein Gesetz, das solche Grundsätze befolgt wie die Enteignungsvorlage, war noch niemals da. Selbst die Gesinnung soll hier bestraft werden. Das ist ein Novum, das direkt der Reichsverfassung widerspricht. Selbst das Sozialistengesetz wandte sich gegen Angehörige einer bestimmten Partei, nicht gegen Gesinnungen. Deutschland befindet sich hier in enger Gemeinschaft mit Rußland und Ungarn, wo auch solche Brutalitäten vorkommen, wenn auch noch nicht in solchem Maße. Ich glaube zwar nicht, daß die Gründe, die gegen das brutale Vergewaltigungsgesetz hier vorgebracht sind, Eindruck auf die Machthaber machen werden. Denn für Rechtsgründe sind sie unzugänglich. In nationalliberalen Köpfen herrscht noch der Geist des verstorbenen Abg. Braun-Wiesbaden, der 1871 den Vorschlag machte, man sollte die ganze Bevölkerung Elsaß-Lothringens ermittieren und das Land mit Deutschen beliebeln. Vielleicht wird man auch noch einmal ähnliche Maßnahmen gegen die Polen vorschlagen. Durch die preußischen Ausnahmegesetze werden die Polen geradezu zur Reichsfeindschaft aufgepeitscht. Die brutalen Polengesetze zeugen von demselben Geist der Rücksichtslichkeit, mit dem man friedliche Demonstranten mit dem Säbel in der Faust entgegentritt. Herr Heckscher hat keine Ahnung von sozialistischen Ideen, denn das Enteignungsgesetz ist kein sozialistisches, sondern ein kapitalistisches Gesetz, die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung beruht auf der Enteignung. Die Junker haben den Bauern das Land genommen, die katholische Kirche hat gar, wie Goethe mit Recht sagt, ganze Länder aufgefressen. Gegen eine solche Enteignung legen wir energisch Verwahrung ein, denn sie ist gerade das Gegenteil von dem, was wir wollen. Wir wollen die Expropriation des Gesamtbesitzes zugunsten des ganzen Volkes, nicht zugunsten der herrschenden Klassen. Aber nützen wird uns das preußische Gesetz, denn jede Torheit, jede Brutalität nützt uns und hilft dem Sozialismus zu einem früheren Siege.

Abg. Dr. **Böhme** (wirtsch. Vg.): Die größte Brutalität wird durch die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften ausgeübt. Diese Brutalität geht so weit, daß Söhne sogar ihren Vater überfallen haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Mit Bedauern hat es mich erfüllt, daß man hier höhnisch von dem „preußischen System" gesprochen hat. Darin liegt doch eine Herabsetzung Preußens. Wir sind stolz darauf, Preußen zu sein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schämt euch! Unruhe rechts.) Wir, die wir die Ehre haben, Preußen zu sein, verlangen, daß man auch unsere Eigenart respektiert. Mit den Verhältnissen in Ungarn und Rußland kann man das Vorgehen Preußens nicht vergleichen, denn die Deutschen, gegen die man da vorging, waren anerkanntermaßen die loyalsten Staatsbürger. Die Polen verdanken Preußen viel. Was herrschten denn früher für Verhältnisse in Polen unter der Herrschaft der Schlachta? Was 1793 zugrunde ging, war die unmenschliche Herrschaft weniger Edelleute über das polnische Volk. Wir halten die harten Maßnahmen Preußens für berechtigt, weil das Staatswohl es erfordert. Früher sprach man mit Recht von der polnischen Wirtschaft. Das hat aufgehört, seitdem Preußen Besitz von dem Lande ergriffen hat. Wie gehen denn die Polen in Galizien gegen die Ruthenen vor? (Lärm bei den Polen.) Die Regierung wandelt mit diesem Gesetz die Wege des Fürsten Bismarck.

Abg. Fürst **Radziwill** (Pole) rät dem Vorredner, seine historischen Studien etwas zu vertiefen. (Abg. Singer: Hat es sehr nötig! Heiterkeit.) Der polnische Adel hat kurz vor dem Untergang der Republik, auf dem Reichstage von 1793, freiwillig auf die Leibeigenschaft verzichtet. (Hört, hört! bei den Polen.) Die Teilungsmächte, Preußen, Oesterreich und Rußland, stellten gerade diese Abschaffung der Leibeigenschaft als Ausfluß des französischen Jakobinergeistes hin und nahmen sie zum Vorwand des bekannten Einschreitens, das zur Teilung führte. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wir rufen das Bewußtsein gemeinsamen und gleichen Rechts an, das im Bürgerlichen Gesetzbuche seinen Ausdruck gefunden hat. Wir rufen dem Reiche zu: Tua res agitur! (Es handelt sich um deine Sache.) Dadurch, daß der Reichskanzler sich hier der Beantwortung der Interpellation entzogen hat, hat er seine moralische Position nicht befestigt. Diese Polenpolitik ist der Einbruch des Vandalismus in die politische Kunst. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Staatsbürger sollen enteignet werden, die selbst oder deren Väter ihr Blut auf den Schlachtfeldern Frankreichs für das Reich vergossen haben. Soll der Schutz der Reichsverfassung den Polen versagt sein? — Kein Artikel, wie heftig er geschrieben, kann so agitatorisch wirken wie diese Vorlage. Sie (nach rechts) sprechen immer von Frieden. Mit dieser Vorlage fördern Sie nicht den Frieden; mit ihr reißen Sie die Kluft noch weiter, die zwischen Polen und Deutschen gähnt. (Lebhafter, wiederholter Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Dr. **Görcke** (natl.): Der Herr Vorredner hat dem deutschen Volke zugerufen: res agitur! In der Tat handelt es sich hier um die Sache des deutschen Volkes. Hier heißt es: hie Pole, hie Deutscher! Wir begreifen den Schmerz vieler Polen, wenn sie sich der Gefahr ausgesetzt sehen, von der heimatlichen Scholle getrennt zu werden. Aber die Sicherheit des Deutschen Reiches erfordert diese Maßregeln, selbst wenn sie hart erscheinen. Man hat bestritten, daß Fürst Bülow sich mit Recht auf die Mehrheit des deutschen Volkes berufen habe, die in dieser Frage hinter ihm stehe. Man hat dies bestritten mit dem Hinweis auf die Mehrheit des Reichstages, der in dieser Frage gegen Bülow sei. Aber wenn das deutsche Volk über die wirklichen Zustände in der Ostmark unterrichtet wäre, so würde es in seiner überwältigenden Mehrheit hinter der Polenpolitik der preußischen Regierung stehen. Der Boykott in den Ostmarken ist von den Polen ausgegangen. Die Polen haben, wo und wann sie ehrlich sprachen, eingestanden, daß die Errichtung eines unabhängigen Großpolens ihr Ziel sei. Gelegentlich der Niederlage Rußlands im ostasiatischen Kriege hat ein polnisches Blatt geschrieben: eine Niederlage Deutschlands wäre uns Polen noch um vieles wertvoller. — Können Sie (zu den Polen) uns verdenken, wenn wir gegenüber solchen Aspirationen recht mißtrauisch geworden sind? Vor 1848 war es den Polen gelungen, die Deutschen einzuschläfern. Die Folge war die polnische Revolution. Nach 1866 war es den Polen wiedergelungen, die Deutschen einzuschläfern. Die Folge war der unheimliche Fortschritt der Polonisierung der östlichen Provinzen. — Die deutschen Katholiken, die Masuren haben sich von den Polen abgewandt, als sie sahen, wohin die polnischen Bestrebungen zielten. — Wenn die Polen friedlich mit uns Deutschen leben wollen, um so besser. Bis dahin heißt es für uns: toujours en vedette (Zimmer auf dem Posten).

Abg. **Delsor** (Els.): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir von den trefflichen Ausführungen des Grafen Hompesch, des Kollegen Heckscher und der polnischen Redner besser überzeugt worden sind als von den Trugschlüssen des Herrn Sieg und dem beredten Schweigen der Herren von der Rechten. Wir Elsaß-Lothringer hegen große Sympathie für die Polen, weil das Schicksal der Polen große Aehnlichkeit hat mit dem Schicksal der Elsaß-Lothringer. — Auch wir haben unter einer Ausnahmegesetzgebung gelitzt. Der Diktaturparagraph war eine Enteignung der persönlichen Freiheitsrechte; die Enteignungsvorlage ist die Uebertragung des Diktaturparagraphen in das bürgerliche Recht. (Sehr gut! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Sie, meine Herren (nach rechts), haben für die Beibehaltung des Diktaturparagraphen gestimmt. Herr Görcke zitierte allerlei todgefährliche polnische Preßäußerungen im Flugblättern und Wendungen in Versammlungsreden. Auch hier wäre es erst noch zu untersuchen, und inwiefern Polizeispiegel ihre saubere Händchen im Spiel haben. — Wir halten an dem alten Satze fest: Justia fundamentum regnorum! (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Königreiche.)

Abg. **Ledebour** führt aus, daß die von dem Abgeordneten Böhme mitgeteilte Schauergeschichte von den Söhnen, die ihren Vater überfallen haben sollten, von A bis Z unwahr und erfunden sei. Die Abgg. Dr. Böhme und Dr. Görcke hätten sich in dem Kürschner-Buch als Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bezeichnet. Dr. Görcke hätte noch den Zusatz gemacht: Kampf gegen die Sozialdemokratie! Das sei eine grobe Taktlosigkeit. Zu solchen Gegnern könne er den Polen nur gratulieren.

Abg. Dr. **Potthoff** (freis. Ver.): Mit meinem Freunde Dr. Heckscher hatte ich die Enteignungsvorlage für rechtswidrig, weil die Enteignung nicht zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen soll, sondern weil aus politischen Gründen Leute, denen die staatsbürgerlichen Rechte garantiert sind, enteignet werden sollen. Die Herren von der Rechten sagen nun: Die Leute werden ja entschädigt. Das würde die Rechte aber sagen, wenn die Sozialdemokraten die Krone, natürlich gegen eine Entschädigung, exproprieren wollten! Ich bin nicht nur einer Meinung, wenn sie ist auch eine Dummheit. Die Hoffnungen des Dr. Heckscher teile ich nicht. Die Hoffnung auf die anormale Paarung zwischen dem Geiste des Reichskanzlers und dem preußischen Ministerpräsidenten ist schon entkräftet. (Hört, hört!) Denn in derselben Stunde, in der Dr. Heckscher diese Hoffnung aussprach, trat der Reichskanzler im Abgeordnetenhause für die Enteignungsvorlage ein. Ich halte es für nötig, hervorzuheben, daß der Gesamtliberalismus das Vertrauen des Dr. Heckscher zum Reichskanzler nicht teilt, im Gegenteil, der größte Teil des Liberalismus bringt dem Fürsten Bülow ein starkes Mißtrauen entgegen. (Beifall links.)

Abg. **Seyda** (Pole): Die Mehrheit des deutschen Volkes steht nicht hinter dem Reichskanzler, denn der Reichstag hat in seiner Mehrheit die Polenpolitik des Reichskanzlers verurteilt. Wenn ein Boykott vorhanden ist, so besteht er auf beiden Seiten. Wer angefangen hat, das ist noch nicht sicher. Die preußische Regierung hat ihr Versprechen auf gleichmäßige Behandlung der Polen mit den Deutschen nicht eingehalten. Die Vorlage wäre höchstens zu entschuldigen, wenn die Polen Staatsverbrecher wären. Hier handelt es sich aber lediglich um einen Gesinnungskampf. Die Vorwürfe gegen das alte Königreich Polen sind historisch durchaus nicht erwiesen. Die Zustände in Galizien können zum Vergleich nicht herangezogen werden. Galizien wurde 100 Jahre lang von der deutschen Regierung ausgebeutet. In Anbetracht dessen sind die Fortschritte ganz bedeutend zu nennen. Wenn das Gesetz auch zustande kommt, wir werden immer Polen bleiben. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. **Görcke** (natl.): Die von mir gewünschte Loyalitätserklärung der Polen ist ausgeblieben, das konstatiere ich. Die Bemerkung des Abg. Ledebour gegen mich war mit den Haaren herbeigezogen und zeigt mir, daß die Herren sich fürchten.

Damit schließt die Besprechung.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Ledebour** (Soz.) wiederholt gegenüber dem Abg. Görcke den Vorwurf der Zuchtlosigkeit und erhält dafür von dem Vizepräsidenten Paasche einen Ordnungsruf.

Es folgen die Interpellationen über die

Reform des Knappschaftswesens.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vg.) begründet folgende Interpellation:

Sind dem Reichskanzler die sehr erheblichen Schwierigkeiten bekannt, welche sich bei der Durchführung der Knappschaftsreform, besonders im allgemeinen Knappschaftsverein im Oberbergamtsbezirk Dortmund ergaben und die zur Ablehnung des Statuts führten?

Sind weiter dem Reichskanzler die im Knappschaftswesen überhaupt vorhandenen völlig ungenügenden Zustände bekannt, unter welchen die Invaliden, Witwen und Waisen der Bergleute zu leiden haben?

Ist der Reichskanzler bereit, noch in dieser Session zur Abhilfe dieser Uebelstände dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen?

Die Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne zum größten Teil unverständlich. Er bemängelt die Verschiedenartigkeit der Regelung des Knappschaftswesens in den einzelnen Bundesstaaten, die auch in den Beiträgen, der Zahl der Mitglieder ꝛc. zum Ausdruck kommen. Der moderne Bergbau mit seinen gesteigerten Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter verursacht auf 1000 Bergleute pro Jahr 600 Krankheitsfälle. Die Knappschaftsrente beträgt dabei nur 9 Mark monatlich im Durchschnitt. Die Rente erhöht diesen Betrag vielleicht auf 27 Mark. Sobald sich aber die Invaliden in der frischen Luft wieder etwas erholt haben, fällt die Reichsrente wieder fort. Die Witwen- und Waisenrenten der Knappschaftsvereine sind durchaus unzureichend. Redner regt